

Stadt Boppard auf dem Prüfstand

Auf Antrag der Freien Wählergruppe debattiert der Stadtrat über das Für und Wider der verbandsfreien Einheitsgemeinde

Rheinland-Pfalz steht vor einer Gebiets- und Kommunalreform. Kleinere Verbandsgemeinden sollen fusionieren, Kreisgrenzen werden nicht angetastet, ist aus Mainz zu hören. Im Rhein-Hunsrück-Kreis wurde über mögliche Veränderungen kommunaler Strukturen bislang kaum diskutiert. Das ändert sich jetzt. Der Bopparder Stadtrat nimmt sich am Montag der Thematik an.

BOPPARD. Hat die Stadt Boppard als verbandsfreie Einheitsgemeinde Zukunft? Diese Frage bringt jetzt die Freie Wählergruppe (FWG) in den Stadtrat. Hintergrund ist die anstehende Gebiets- und Kommunalreform.

Die Freien Wähler lassen keinen Zweifel daran, dass die derzeitigen 34 Jahre alten Bopparder Verhältnisse nicht der Weisheit letzter Schluss sind. Die politische Gruppierung macht sich für eine Umwandlung in eine Verbandsgemeinde stark. "Aus den vielen Gesprächen mit den Bürgerinnen und Bürgern stellen wir verstärkt den Wunsch nach Selbstständigkeit und Eigenverantwortung hinsichtlich der Planungs- und Finanzhoheit fest", lautet einer der Kernsätze im Antrag der FWG-Stadtratsfraktion "auf Prüfung der Möglichkeit zur Auflösung der verbandsfreien Stadt Boppard und Bildung einer Verbandsgemeinde Boppard".

Eine Steilvorlage lieferte der Rhenser VG-Bürgermeister Helmut Schreiber. Wäre Boppard eine Verbandsgemeinde, böte sich eine Fusion der VG Rhens mit der VG Boppard aus räumlicher Sicht geradezu an, äußerte er sich gegenüber unserer Zeitung (wir berichteten). Ein Zusammengehen mit der verbandsfreien Stadt Boppard schloss Schreiber aber aus. Für ihn ist es wichtig, dass "die Planungshoheit in den Gemeinden bleibt".

Diesen Faden nahmen die FWG-Stadratsmitglieder Jürgen Schneider und Heinz Klinkhammer auf. Sie verbinden ihren Antrag mit der Aufforderung an die Stadtverwaltung, beim Innenministerium zu klären, welche Möglichkeit einer Änderung der Kreisgrenze hinsichtlich einer Fusion mit der VG Rhens bestehen. "Für uns ist der Zeitpunkt gekommen, um eine politische Einheit im Mittelrheintal anzustreben", so Schneider und Klinkhammer.

Gegen die Einheitsgemeinde spricht aus FWG-Sicht auch die ungleiche Behandlung der Ortsbezirke. "Die Erwartungen der Menschen nach dringend notwendigen Verbesserungen und Konzepten wurden nicht erfüllt", meint die FWG. Während in der Kernstadt millionenschwere Projekte anstünden, würden in den Ortsbezirken notwendige Maßnahmen zeitlich geschoben oder auf Jahre ausgesetzt. "Dies können und wollen wir nicht länger hinnehmen", urteilt die FWG. Diesen Vorwurf der Verteilungs-Ungerechtigkeit weist der Bürgermeister weit von sich. Von 45,5 Millionen an Gewerbesteuererinnahmen in den vergangenen drei Jahren entfielen allein 38,1 Millionen auf die Kernstadt, kontert Walter Bersch. Er ist überzeugt, dass die Stadt Boppard viel stärker zusammengewachsen ist, als viele glauben wollen - beispielsweise im Hellerwald.

Die meisten Vorbehalte gegen die Einheitsgemeinde gibt es in Bad Salzig und Hirzenach. Dort ist der Drang nach Selbstständigkeit am größten. Dass die Identifikation der Bürger mit der Stadt Boppard in den Ortsbezirken nicht allzu stark ausgeprägt ist, sieht auch CDU-

Fraktionschef Ludwig Höffling. "Kleinere Ortsbezirke fühlen sich untergebuttert." Dennoch bezeichnet Höffling die Einheitsgemeinde als Erfolgsgeschichte. Denn bei allem Handlungsbedarf sieht er "die Stadt Boppard sehr gut aufgestellt".

Ein klares Bekenntnis zur Einheitsgemeinde kommt von BfB-Chef Jürgen Mohr. "Wir sehen uns als Gesamtstädter. Gerade in jüngerer Zeit sei die Stadt Boppard zu einer Einheit zusammengewachsen. "Bei einer Umwandlung in eine VG gäbe es nur einen Gewinner, nämlich Boppard, und neun Verlierer, die übrigen Ortsbezirke", meint Mohr im Hinblick auf die Gewerbesteuerereinnahmen.

Auch Hermann Noe, SPD-Fraktionssprecher im Stadtrat, ist der Ansicht, dass die Stadt seit 1975 zusammengewachsen ist. "Es hat sich in allen Stadtteilen ein von Solidarität getragenes Wir-Gefühl entwickelt." Den FWG-Vorstoß bezeichnet Noe als einen "von Egoismus getragenen Antrag der Entsolidarisierung". **Wolfgang Wendling**

Kommentar von **Wolfgang Wendling**

Nur der politische Wille zählt

Gerade mal 17 Städte und 12 Gemeinden in Rheinland-Pfalz sind verbandsfrei. Darunter auch die Stadt Boppard. Sie ist - noch seltener im Land - eine Einheitsgemeinde. Zehn Gemeinden haben sich 1975 zur Stadt Boppard zusammengeschlossen. Sie haben damit freiwillig ihre Selbstständigkeit aufgegeben. Ob das gut war oder ob die Dörfer zwischen Udenhausen und Holzfeld, Oppenhausen und Bad Salzig nicht doch besser dem Beispiel der großen Mehrheit der Gemeinden gefolgt wären und sich gemeinsam mit der Bopparder Kernstadt in einer Verbandsgemeinde organisiert hätten, kann 34 Jahre später niemand mehr beantworten. Jeder findet in jedem Ortsbezirk Argumente für die Einheitsgemeinde, aber auch genauso viele Gegenargumente.

Einheitsgemeinde oder Verbandsgemeinde - das ist einzig und allein eine politische Frage. Deshalb darf die Frage auch gestellt werden. Die verbandsfreie Einheitsgemeinde Boppard genießt keinen uneingeschränkten Bestandsschutz. Der Wunsch, sie aufzulösen, ist kein Tabubruch. Die politische Willensbildung genügt, um sie von der Landkarte verschwinden zu lassen. Der Stadtrat kann sie ebenso auslöschen wie das Volk im Rahmen eines Bürgerentscheides. Die Freie Wählergruppe hat gute Argumente, die "Bopparder Frage" jetzt zu stellen, da eine Gebiets- und Verwaltungsreform ansteht. Vielleicht steht die Einheitsgemeinde ja wirklich einer Neuordnung im Welterbetal im Wege. Wenigstens das sollte geprüft werden.